

# Klimaschutzbündnis

**Gemeinsame Erklärung der  
Bayerischen Staatsregierung  
und  
des Bund Naturschutz in Bayern e.V.  
vom 21. Oktober 2004**



### **Nachhaltige Klimaschutzpolitik**

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels lassen erhebliche Folgen für die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen auch in Bayern erwarten. Im Sinne einer generationenübergreifenden Klimaschutzpolitik ist eine Strategie notwendig, die

- Anstrengungen zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter verstärkt,
- den Auswirkungen des Klimawandels wirksamer begegnet und
- zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

### **Zielsetzung zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern**

Der Bund Naturschutz und die Bayerische Staatsregierung stimmen in dem Ziel überein, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Bayern konsequent zu vermindern. Bis zum Jahr 2010 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern um rund 10 % reduziert werden. Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz betonen, dass das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel kein Selbstläufer ist und erhöhte Anstrengungen zur Zielerreichung erforderlich sind. Beide Partner sind sich einig, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Sinne einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik langfristig über das Jahr 2010 hinaus weiter reduziert werden müssen.

### **Gründung der Bayerischen Klima-Allianz**

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der Wirtschaft, Staat und Kommunen ebenso gefordert sind wie jeder einzelne Bürger. Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz stimmen überein, dass eine nachhaltige Klimaschutzpolitik dazu

- Bewusstsein für das Thema Klimaschutz schaffen,
- breit angelegt Informationen bereitstellen,
- Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und
- alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen muss.

Aus diesem Grund sehen der Bund Naturschutz und die Bayerische Staatsregierung in der Vernetzung der Akteure im Klimaschutz eine wichtige Aufgabe. Wissen zu vermitteln und den Einzelnen zum Handeln zu motivieren, ist dabei eines der Kernanliegen. Beide Partner

- setzen sich in ihrem Einflussbereich für den Aufbau einer Bayerischen Klima-Allianz ein, die möglichst viele gesellschaftliche Gruppen mit dem Ziel eines verstärkten Klimaschutzes vereinen soll,
- wirken bei der Entwicklung eines Aktionsprogramms der Bayerischen Klima-Allianz für eine deutliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen mit,
- arbeiten bei der Fortschreibung des bayerischen Klimaschutzprogramms zusammen,
- ziehen hinsichtlich der erreichten Ziele regelmäßig gemeinsam Bilanz nach gemeinsamen Kriterien,
- entwickeln partnerschaftlich eine Internet-Plattform als Kommunikationsbasis der Bayerischen Klima-Allianz.



Folgende Maßnahmenswerpunkte wurden vereinbart:

## 1. Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz

Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz sind der Auffassung, dass weitere Potenziale zu mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung sowohl in privaten Haushalten als auch in der Siedlungsentwicklung, im Verkehrsbereich und bei Produktionsprozessen ausgeschöpft werden müssen. Einigkeit besteht, dass Schwerpunkte vor allem dort gesetzt werden, wo die größten Energiespar- und CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenziale wirtschaftlich zu erschließen sind.

### Energetische Gebäudesanierung

Aus diesem Grund sehen beide Partner in der energetischen Sanierung des bayerischen Gebäudebestands eines der vorrangigen Handlungsfelder mit erheblichem Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial.

Durch eine breit angelegte Initiative sollen Haus- und Wohnungsbesitzer noch gezielter über die Themen baulicher Wärmeschutz, Gebäudesanierung und Modernisierung von Heizungs- und Warmwasseranlagen informiert werden. Ziel ist es, in der Praxis auftretende Hemmnisse bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestands zu überwinden. Dazu ist es wichtig, dass die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes als gemeinsame Aufgabe der Betroffenen gesehen wird. Eine klare, aufeinander abgestimmte, Gewerke übergreifende Vorgehensweise und Kommunikation der Beteiligten im Rahmen einer konzertierten Aktionskampagne ist aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung und des Bund Naturschutz notwendig, um die erheblichen Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale im Bereich des Gebäudebestands weiter auszuschöpfen. Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz planen hierzu Workshops mit relevanten Akteuren zum Auf- und Ausbau gemeinsamer Aktivitäten.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz stimmen überein, dass durch eine energetische Sanierung des Wohnungsbestands nicht nur der Umwelt- und Ressourcenschonung, sondern durch die zusätzlichen Investitionen für die Wirtschaft, auch dem Arbeitsmarkt – vor allem dem Handwerk – weitere spürbare Impulse gegeben werden können. Die Altbausanierung dient auch dem Vermögenserhalt und der Altersvorsorge, erhöht dadurch die soziale Stabilität und stärkt die regionale Wirtschaftskraft. Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz wollen partnerschaftlich als gemeinsamen ersten Schritt zur Einleitung entsprechender weiterer Maßnahmen die durch Wärmedämmung des Altbaubestands erschließbaren Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale und die damit verbundenen Kosten fundierter untersuchen lassen.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz betonen angesichts des großen Potenzials die Bedeutung vorbildlichen staatlichen Handelns durch Sanierung und energetische Optimierung der eigenen Liegenschaften und die Multiplikatorwirkung von Demonstrationsvorhaben an öffentlichen Gebäuden. Beide Partner befürworten auch den Ansatz des »contracting«, um privates Kapital hier nutzbringend einzusetzen.

Die Bayerische Staatsregierung plant auf Grundlage des Landtagsbeschlusses (Drs. 14/13169) »Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich – Initialberatung durch Kaminkehrer« und des von der Bayerischen Staatsregierung im April 2004 beschlossenen »Gesamtkonzepts Bayern zur Energiepolitik« weitere Schritte für die energetische Altbaumodernisierung. Neben der bisher schon möglichen freiwilligen Anstoßberatung für die energetische Sanierung von Häusern im privaten und gewerblichen Bereich



durch die Kaminkehrer gehört hierzu auch ein beabsichtigtes, breiter angelegtes Beratungsprojekt für Eigentümer von Altbauten – Stichwort »Energiespar-Initialberatung durch Kaminkehrer«. Ergänzend ist eine verstärkte Energieberatung durch Energieagenturen und ähnliche Einrichtungen als sinnvoll anzusehen.

### **Effizienter Energieeinsatz in Wirtschaft und privaten Haushalten**

Bund Naturschutz und Bayerische Staatsregierung betonen hier die Bedeutung eines breit angelegten Informationsangebots zum Thema Energieeffizienz und Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung für die bayerische Wirtschaft und die privaten Haushalte. Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz erstellt seit mehreren Jahren im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung für bestimmte Anlagentypen und energieintensive Branchen sowie für branchenübergreifende Bereiche Leitfäden zum effizienten Energieeinsatz. Bisher sind bereits 20 Leitfäden veröffentlicht worden. Diese Aktivitäten werden fortgesetzt. Die Bayerische Staatsregierung hat darüber hinaus eine Neufassung der Merkblattsammlung »Hinweise zum Energiesparen« zu rund 50 verschiedenen Energiesparthemen in Auftrag gegeben, die bis Ende 2004 fertiggestellt sein soll.

### **Reduzierung des kommunalen Energieverbrauchs**

Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz sehen in der Reduzierung des Energieverbrauchs in kommunalen und öffentlichen Einrichtungen durch vorbildliches Engagement einen weiteren wichtigen Baustein. Damit wird nicht nur ein Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz geleistet, sondern es werden auch die kommunalen Haushalte entlastet. Die Bayerische Staatsregierung erarbeitet derzeit ein Konzept zur Unterstützung von Städten und Kommunen, die sich am Zertifizierungs- und Managementsystem des European Energy Award® (eea®) beteiligen wollen.

### **Verkehrssektor**

Ein gutes Drittel der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen Bayerns entsteht im Verkehrsbereich. Bund Naturschutz und Bayerische Staatsregierung stimmen darin überein, dass Verkehrsvermeidung, die Förderung von integrierten Siedlungs-, Standort- und Verkehrskonzepten der kurzen Wege sowie die Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel zu einer Reduzierung in diesem Bereich führen können.

---

## **2. Erneuerbare Energien**

Derzeit liegt der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in Bayern mit rd. 7 % mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (2,8 %). Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz bekräftigen das Ziel, diesen Anteil weiter auszubauen. Dabei soll insbesondere die Nutzung von Biomasse (Bioenergie/ Nachwachsende Rohstoffe), Solarenergie und geothermischer Energie weiter verstärkt werden.

### **Biomasse**

Biomasse ist mittlerweile der gewichtigste erneuerbare Energieträger mit dem zugleich größten Ausbaupotenzial in Bayern. Der Schwerpunkt im Bereich Biomasse liegt vorrangig in der Wärmenutzung. Holzheizungen und Holzheizwerke helfen mit, den Anteil fossiler Brennstoffe im Bereich der Wärmeerzeugung zu verringern. Biogas eignet sich besonders zur dezentralen Stromerzeugung, insbesondere in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung. Eine weitere Art der Nutzung von Biomasse sind flüssige Bioenergieträger wie z. B. Pflanzenöl und Alkohol. Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz stimmen überein, den Anteil der Biomasse am Primärenergie-



verbrauch von 3,7 % im Jahr 2001 (bundesweit 1,9 %) weiter zu steigern. Nachwachsende Rohstoffe (vor allem Holz) tragen aber auch durch Substitution energieaufwendigerer Materialien und Verwendung als Dämmstoffe zur Energieeinsparung bei.

### **Solarenergie**

Bei der Nutzung der Solarenergie nimmt Bayern bundesweit eine führende Position ein. Die Anlagendichte an thermischen Solarkollektoren ist in Bayern, bezogen auf die Bevölkerung, um rd. 60 % höher als im Bundesdurchschnitt. Auch entfallen rd. 50 % des in Deutschland erzeugten Photovoltaik-Stroms auf Bayern. Die Photovoltaik bedarf jedoch für einen relevanten Versorgungsbeitrag noch einer deutlichen Senkung der bisher hohen Kosten durch weitere Forschung und Entwicklung. Eine Markteinführungsförderung ist noch erforderlich.

Die Ausbaupotenziale für Solarthermie und – mittel- bis langfristig – für Photovoltaik werden aufgrund der in Bayern vergleichsweise günstigen Sonnenscheindauer und -intensität als hoch eingeschätzt.

### **Geothermie**

Die Geothermie kann in Bayern einen beachtlichen Beitrag zur Umwelt- und Ressourcenschonung leisten. Die geologischen Verhältnisse bieten in Bayern insbesondere im Molassebecken zwischen Donau und Alpen günstige Voraussetzungen gerade für die Nutzung heißer Tiefengrundwässer (hydrothermale Tiefengeothermie). Die Vorteile liegen in der bedarfsorientierten und krisensicheren Verfügbarkeit und in der Ressourcenschonung, insbesondere der geringen Flächeninanspruchnahme.

Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz bekräftigen das Ziel, Bayerns Spitzenstellung bei der Nutzung der Geothermie durch gezielte Information von Bauherrn und Planern weiter auszubauen. Daneben wird die Förderung von Pilotvorhaben und Demonstrationsanlagen sowie die Erarbeitung weiterer Planungs- und Genehmigungshilfen weitergeführt.

Gerade im Großraum München sind derzeit zunehmend Aktivitäten zur Erschließung des tiefengeothermischen Potenzials im Malmkarst zu verzeichnen. Die Bayerische Staatsregierung startet hierzu das breit angelegte geowissenschaftliche Forschungsvorhaben »Geothermiestudie Großraum München«, welches auf die Erstellung detaillierter geowissenschaftlicher Grundlagen als Basis für eine möglichst nachhaltige energetische Nutzung und Sicherung dieses Potenzials auch für zukünftige Generationen abzielt.

---

## **3. Naturgefahren**

Mit einem Kooperationsvorhaben der Länder Bayern und Baden-Württemberg unter Mitarbeit des Deutschen Wetterdiensts werden die regionalen Auswirkungen der Klimaänderung auf den Wasserhaushalt in Bayern näher untersucht. Bund Naturschutz und die Bayerische Staatsregierung heben die Bedeutung der Klimaforschung hervor, um auf Basis fundierter wissenschaftlicher Grundlagen gezielt Anpassungsstrategien und -maßnahmen entwickeln zu können.

Beide Partner sind sich auch über die Notwendigkeit der Grundlagenermittlung zur Vorsorge gegen alpine Naturgefahren einig. Insbesondere wird der Informationsbereitstellung ein großer Stellenwert zugewiesen. Die Bayerische Staatsregierung stellt hierfür der Öffentlichkeit den Informationsdienst alpine Naturgefahren, das GEORISK-



Informations- und Dokumentationssystem sowie den Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete in Bayern zur Verfügung.

Bayerische Staatsregierung und Bund Naturschutz unterstreichen in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung eines ganzheitlichen Hochwasserschutzkonzepts und sind sich einig, dass die Vorrangflächen für den Hochwasserschutz auch künftig Teil der Regionalplanung bleiben.

---

#### 4. Fazit

Die Bayerische Staatsregierung und der Bund Naturschutz haben mit dem vorgelegten Klimaschutzbündnis zentrale gemeinsame Positionen und Handlungsziele zur Erreichung des bayerischen Klimaschutzziels erarbeitet. Ungeachtet dessen bestehen in bestimmten Bereichen Meinungsunterschiede wie etwa bei der Nutzung der Kernenergie. Die Staatsregierung sieht auf absehbare Zeit keine Alternative zur Kernenergienutzung. Der Bund Naturschutz tritt hingegen weiterhin aus sicherheits- und energiepolitischen Gründen für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie ein.

Beide Partner stimmen trotz dieser Meinungsunterschiede überein, den Dialog im Sinne einer offenen Bürgergesellschaft gemeinsam voranzubringen.

München, den 21. Oktober 2004  
Für die Bayerische Staatsregierung

Für den Bund Naturschutz in Bayern e.V.

**Dr. Edmund Stoiber**  
Bayerischer Ministerpräsident

**Prof. Dr. Hubert Weiger**  
Vorsitzender des Bund Naturschutz  
in Bayern e.V.

**Dr. Werner Schnappauf**  
Bayerischer Staatsminister für  
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Josef Miller**  
Bayerischer Staatsminister für  
Landwirtschaft und Forsten

**Hans Spitzner**  
Bayerischer Staatssekretär im  
Bayerischen Staatsministerium für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr  
und Technologie

